

Jugendparlament wird neu gewählt

Initiator Martin Hoeck war Mitglied der DVU / Jetzt distanziert er sich von rechten Parteien

Eberswalde (neu/GMD) Das Kinder- und Jugendparlament (KJP) in Eberswalde wird derzeit wieder belebt. Das Gremium, das aus 12- bis bis 19-jährigen Waldstädtern besteht, die sich politisch einbringen wollen, war in den vergangenen Jahren etwas eingeschlafen. Seit Ende 2006 wird an einer Neuaufgabe gefeilt. Inzwischen gibt es 16 Kandidaten, die sich um die 15 Sitze bewerben. Sie sind zwischen 16 und 24 Jahre alt. „Wir haben vor, die Altersbegrenzung auf 26 Jahre hoch zusetzen“, erklärte Martin Hoeck am Dienstag vor dem Jugendausschuss. Dort stellte der 21-Jährige gemeinsam mit dem ehemaligen Mitglied Aileen Schlemmona die

Ergebnisse der bisherigen Bemühungen vor. „Die Kandidaten kommen aus vier Schulen, außerdem sind zwei Studenten, zwei Azubis und zwei Eberswalder dabei, die schon ausgelernt haben, was das Spektrum ziemlich breit macht“, so Hoeck.

Die Wahl solle im Frühjahr stattfinden. Nur sei man sich noch nicht über das Procedere einig. Um Aufwand und Kosten möglichst gering zu halten, bevorzugen die Initiatoren eine Internetwahl. „Die wird in anderen Orten schon praktiziert, in Eberswalde muss noch die Rechtsstelle entscheiden, ob das Verfahren genehmigt wird“, sagte Michael Nehls, Fachdienstleiter für Jugend und Sport.

Martin Hoeck musste sich am Dienstagabend unterdessen auch kritischen Fragen zu seiner Vergangenheit stellen. Der Jura-Student war bis vor zwei Jahren Mitglied der DVU, die von Verfassungsschützern als rechtsextrem eingeschätzt wird. „Ich habe meine Fehler eingesehen und möchte Jugendlichen helfen, sich politisch zu orientieren, ohne dabei zu einer extremen Partei zu gehen“, erklärt Hoeck, der seit 2005 parteilos ist.

Dazu soll das Kinder- und Jugendparlament beitragen, deren Mitglieder auch auf den Stadtverordnetenversammlungen einen Platz haben und Rederecht genießen. Zur Wiedergeburt soll es auch ein neues Logo geben.



Martin Hoeck

Foto: Archiv

Vorschläge können noch bis zum 28. Februar im Büro im Bürgerzentrum des Brandenburgisches Viertels eingereicht werden.